

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/217

Bonn, den 25. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Klärungsprozess ----- Nach dem Notstandsbeschluss des DGB in Hannover	32
7	Immer wieder Glatke ----- Ein leidiges Thema	19
2 - 4	BERLIN LEBT UND BAUT FÜR DIE ZUKUNFT ----- Ungebrochener Lebens- und Behauptungswillen Westberlins Ein Interview mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Dr. Otto Bach	138
5	Pankow und die Kuba-Krise ----- Zonenpresse verschweigt das Wesentliche Von Eberhard Zachmann, Berlin	44
6 - 7	Wahlen, die keiner vorher "gewinnen" will ----- Furcht vor der Übernacht einer Partei. Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frenta	69

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 17D
Telefon: (0 22 71) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 0 886 890

Klärungsprozess

Nach dem Notstandsbeschluss des DGB in Hannover

sp - Die in Hannover auf dem DGB-Kongreß zur Frage der Notstandsgesetzgebung gefällte Entscheidung dürfte der Beginn eines Klärungsprozesses innerhalb der Gewerkschaften sein. Um jede falsche Interpretation von vornherein auszuschließen, sei festgestellt, daß der Beschluß des DGB-Kongresses n i c h t eine Entscheidung gegen den demokratischen Staat ist. Über die Grundhaltung der Gewerkschaften zum demokratischen Staat gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.

Der eigentliche Diskussionsgegenstand war die Frage, ob man einer Regierung Adenauer zutrauen kann, daß sie auch in Notzeiten die Grundrechte respektiert. Das durch den Beschluß des DGB-Kongresses zum Ausdruck gekommene Mißtrauen hat seine Wurzeln in der Behandlung, die die jetzige Bundesregierung gegenüber den Gewerkschaften in wirtschaftspolitischen und anderen Fragen angedeihen ließ. Genau an diesem Punkt wird der Klärungsprozess innerhalb der Gewerkschaften weiterentwickelt werden müssen, wobei endgültige Entscheidungen nicht nur vom Verhalten der Gewerkschaften selbst, sondern auch von der Einstellung der Bundesregierung zu den Gewerkschaften abhängen dürften.

Natürlich steht damit im Zusammenhang auch die in den Gewerkschaften bereits begonnene Diskussion über das Grundsatzprogramm, das - wie übereinstimmend von allen Industriegewerkschaften anerkannt wird - einer Revision bedarf. Hierbei werden unausweichlich auch die Probleme behandelt werden müssen, die eine moderne Standortbestimmung der Rolle der Gewerkschaften in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat darstellen.

Da die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Delegierten auf den Kongressen gewohnt sind, in völliger Unabhängigkeit jeden ihnen notwendig erscheinenden Klärungsprozess durchzuführen, wird sich erweisen, daß der demokratische Staat und die Gewerkschaften untrennbar sind. Aber auch hier muß jetzt schon darauf aufmerksam gemacht werden, wie sehr diese grundsätzliche Übereinstimmung von dem Verhalten derjenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik abhängig ist, die in den vergangenen Jahren wenig getan haben, um bei den Gewerkschaften den Eindruck einer permanenten Brückierung zu vermeiden.

+ + +
Immer wieder Globke

sp - Wäre der Staatssekretär und Intimus Adenauers, Globke, nicht der Kommentator der schändlichen Nürnberger Rassengesetze, würde sich wohl kein Mensch an diesem ohne Zweifel äußerst tüchtigen und für den Bundeskanzler unentbehrlichen Beamten stossen. Aber Globke hat nun einmal diesen Kommentar geschrieben, und schon dies allein hätte genügen müssen, um ihm die einflussreiche Stellung zu verwehren, die er seit vielen Jahren innehat. Der Bundeskanzler hält aus einem vielleicht verständlichen Treuekomplex, der jedoch politisch nicht gerechtfertigt ist, zu ihm, obwohl er wissen mußte, daß der Name Globke selbst bei vielen Freunden unseres Volkes nicht gerade angenehm in den Ohren klingt. Wäre der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze ein Patriot und ergebener Diener der jungen, doch gar nicht so gefestigten deutschen Demokratie, müßte er selbst dafür sorgen, aus der Schußlinie zu verschwinden. Das tut er eben nicht und so liefert er jenen ständig willkommenen Angriffspunkte, die unserem Volke nicht wohlwollen, aber auch Stoff für peinliche Szenen im Bundestag. Der Privatmann Globke würde niemanden interessieren, der Staatssekretär Globke aber ist eine Belastung.

+ + +

BERLIN LEBT UND BAUT FÜR DIE ZUKUNFT

Ungebrochener Lebens- und Behauptungswillen Westberlins
Ein Interview mit dem
Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Dr. Otto Bach

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Dr. Otto Bach hatte die Freundlichkeit, Fragen des SPD-Pressedienstes zu beantworten, die die jetzige wirtschaftliche Lage Berlins und deren Aussichten für die Zukunft betreffen.

Frage: Berlin ist gegenwärtig nicht nur ein Mittelpunkt von außenpolitischen Verhandlungen, sondern liefert auch immer wieder Schlagzeilen der internationalen Presse. Wir möchten von diesen großen weltpolitischen Zusammenhängen einmal absehen und von Ihnen, Herr Präsident, einiges über die innere Situation der Stadt erfahren. Es wird beispielsweise häufig gesprochen über eine "Massenflucht aus Berlin". Einander widersprechende Zahlen werden in diesem Zusammenhang genannt. Wie steht es damit?

Antwort: Daß die Zahlenangaben mitunter verwirren, liegt ganz einfach daran, daß man die vielzitierten "Äpfel und Birnen" addiert. Wie viele andere Millionenstädte hat auch Berlin einen erheblichen Sterbeüberschuß. Wir haben in Berlin 18,3 Prozent Einwohner im Alter von 65 Jahren und mehr gegenüber knapp 11 Prozent im Durchschnitt des Bundesgebiets. Von 1945 bis 1960 sind fast 300.000 mehr Menschen in Berlin gestorben als geboren wurden. Dies hätte sich in einem spürbaren Rückgang der Einwohnerzahl auswirken müssen.

Ferner bestand seit eh und je eine starke Fluktuation zwischen Berlin und dem Bundesgebiet. Völlige Freizügigkeit gehört nun einmal zum Wesen einer Demokratie. In dem genannten Zeitraum sind aus Berlin 1,7 Millionen Menschen fortgezogen (darunter viele Flüchtlinge, die vom Bundesgebiet aufgenommen wurden). Andererseits sind 1,9 Millionen Menschen aus dem Bundesgebiet wie vor allem aus der Sowjetzone und aus Ost-Berlin in den freien Teil der Stadt gekommen. Durch diesen Wanderungsgewinn, der im wesentlichen aus der dauernden Niederlassung von Menschen aus dem sowjetzonalen Gebiet erwuchs, wurde der natürliche Bevölkerungsverlust bis zur Errichtung der Mauer weitgehend aufgefangen.

Es gab tatsächlich nach dem 13. August 1961 einen Wanderungsverlust, aber seit Anfang 1962 hat er sich in einen - wenn auch geringfügigen - Wanderungsgewinn verwandelt, so daß im Mai 1962 die Bevölkerungszahl etwas ansteigen konnte. Die Zuzüge überwogen nicht nur die Fortzüge, sondern darüber hinaus den Sterbeüberschuß. Noch wichtiger für uns ist es aber, daß der Zuzug von Erwerbstätigen, also von Frauen und Männern im arbeitsfähigen Alter aus Westdeutschland zugenommen hat. Trotzdem müssen wir natürlich alles daransetzen, diese Bewegung zu verstärken, und alles tun, die Arbeit in Berlin attraktiv zu gestalten. Es sind immerhin seit dem 13. August 1961 rund 15.000 westdeutsche Arbeitskräfte nach Berlin gekommen.

Frage: Es gibt gewisse "Barometer" für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation irgendeines Gebiets. Stehen diese Barometer in Berlin auf "Schönwetter" oder zeigen sie ein "Tief"?

Antwort: Das zuverlässigste dieser Barometer - boshafterweise könnte ich sagen: Zuverlässiger als die meteorologischen Instrumente - ist wohl das Bruttosozialprodukt. Dieses Bruttosozialprodukt betrug in Berlin nach der Blockade 1950 rund 3,9 Milliarden und steigerte sich im vergangenen Jahr auf 13 Milliarden. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 1958 bis 1961 - also gerade in der Zeit verstärkter außenpolitischer Dröhungen der östlichen Seite - beträgt nahezu 36 Prozent !

Ein sehr viel volketümlicheres "Barometer" sind aber zweifellos die Spareinlagen. Dieses Barometer reagiert sehr empfindlich. Nach dem Chruschtschow-Ultimatum vom November 1958 dauerte es sieben Monate, bis die Spareinlagen wieder die Abhebungen überstiegen. Interessanterweise vergingen nach dem 13. August nur drei Monate, bis die Aufwärtsentwicklung wieder einsetzte. Im Winter 1961 und Frühjahr 1962 haben die Spareinlagen bei den Westberliner Geldinstituten einen Zuwachs von 259 Millionen DM oder 13 Prozent (davon 66 Millionen Zinsgutschriften) erreicht. Dabei handelt es sich um einen "Rekord", wie er noch nie zuvor in den entsprechenden Zeiträumen erreicht worden war. Insgesamt standen bei allen Westberliner Geldinstituten im Mai 1962 rund 2,2 Milliarden DM Spareinlagen zu Buche - ein Beweis für das Vertrauen der Berliner in die Zukunft.

Frage: Haben sich Symptome der "Ängstlichkeit" beim Berliner Fremdenverkehr gezeigt? Ließen sich viele Fremde durch die östlichen Machenschaften von einem Besuch in Berlin abschrecken?

Antwort: Statt einer langatmigen Erwiderung die nüchterne Feststellung: im ersten Halbjahr 1961 kamen 236.000 Fremde nach Berlin; im gleichen Zeitraum dieses Jahres aber 251.000. Die Zahl der Übernachtungen stieg von 689.000 auf 734.000. Das schließt allerdings nicht aus, daß Berlin noch weit stärker zu einer Kongreßstadt, zu einer Stadt der fachlichen Begegnungen werden sollte, nachdem es nicht mehr die Stätte der menschlichen Begegnungen zwischen Ost und West sein kann.

Frage: Die Aufgabe Berlins, ein Schaufenster der freien Welt zu sein, ist aber mit der Errichtung der Mauer nicht beendet?

Antwort: Nein. Auf dieses Ziel sind auch die Pläne zum Ausbau Berlins zu einem Wirtschafts- und Kulturzentrum ausgerichtet. Allerdings möchte ich in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß wir vor allem auch in bezug auf sozialpolitische Fragen vorbildlich sein müssen, um durch Tatsachen der kommunistischen Propaganda vom "Paradies der Arbeiter und Bauern" entgegentreten zu können. Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Bundes, für die wir sehr dankbar sind, haben hier insofern bereits einen neuen Weg beschritten, als die neuen Steuerpräferenzen auch denjenigen zugute kommen, die normalerweise von Steuerermäßigungen keinen Vorteil hätten, weil ihr Einkommen ohnehin unter der Steuergrenze liegt

Da wir gerade bei Steuern und der Sozialpolitik sind, darf ich vielleicht eine wenig bekannte Tatsache erwähnen. Die Steuerregelung im "sozialistischen Staat" der Zone ist so unsozial wie nur irgendmöglich. Nach den letzten uns zur Verfügung stehenden Vergleichszahlen betrug die Lohnsteuer in der Zone bei einem Arbeitnehmer mit einem Kind bei einem Einkommen von 200 Mark 3 Ostmark, in der Bundesrepublik ist dagegen dieses Einkommen steuerfrei. Bei einem Einkommen von 300 Mark sind in der Zone 18 Mark an den Staat abzuführen, in der Bundes-

republik 7,15 DM; bei einem Einkommen von 400 Mark in der Zone 38 Mark, in der Bundesrepublik 21,55 DM. Umgekehrt ist es aber auch bei den hohen Einkommen. Ein Arbeitnehmer mit einem Monatseinkommen von 4.000 DM mußte in der Bundesrepublik im vergleichbaren Zeitpunkt fast 1.300 DM Steuern zahlen, in der Zone aber nur 800 Mark.

Die Sozialpolitik, die sicherlich auf vielen Gebieten noch ergänzungsbedürftig ist, gehört gleichfalls zu den Barometern, die gerade in Berlin auf "Schönwetter" stehen müssen.

Frage: Sie erwähnten bereits das große Berliner Aufbauprogramm. Ist dabei nicht auch daran gedacht, Berlin besondere Aufgaben im Hinblick auf die Entwicklungshilfe zuzuweisen?

Antwort: In Berlin ist von der Bevölkerung der Gedanke der Entwicklungshilfe mit großem Verständnis aufgenommen worden. Das mag vielleicht daran liegen, daß sich Berlin nach dem Zusammenbruch in einer Situation befand, die in mancherlei Beziehung noch schwieriger war als die der Entwicklungsländer. Ein Sechstel der Trümmerrmassen Deutschlands lag auf den Berliner Strassen. Die großen Produktionsstätten waren zum Teil zerschlagen, zum Teil demontiert. Natürliche Bodenschätze und Rohstoffe waren und sind nicht vorhanden. Die Erwerbslosigkeit erreichte mit 360.000 Arbeitslosen nach der Blockade Berlins einen schrecklichen Höhepunkt.

In dieser Situation setzte eine "Entwicklungshilfe" der Westmächte, namentlich der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Bundesrepublik ein, deren Erfolg heute überall im freien Teil der Stadt sichtbar ist. Wir haben aus dieser Erfahrung am eigenen Leibe gelernt und sind fest entschlossen, unsererseits intensiv bei der Entwicklungshilfe mitzuarbeiten. Die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" in Berlin hat sich bereits außerordentlich bewährt. Vielfältige Maßnahmen kommen im Rahmen des Berliner Aufbauprogramms hinzu. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf das Problem der Ausbildung gerichtet. Gedacht ist beispielsweise an die Errichtung eines Ausbildungsinstituts für Entwicklungsländer, an ein Institut zur Entwicklung geeigneter Schulbücher und Lehrmittel für die jungen Staaten, an die Vorbereitung von Gewerbelehrern auf eine Tätigkeit in den Entwicklungsländern, die Errichtung einer Zentralstelle für Verwaltungshilfe, eine besondere Sprachenstelle, Seminare für landwirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Verhältnisse in den Tropen und Subtropen, Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Fortbildung von Tropenärzten, eine medizinische Partnerschaftshilfe und vieles andere mehr. Wir glauben, daß gerade diese Ausbildungshilfe einen wertvollen Beitrag darstellen wird. Nach der ganzen Wesensart seiner Bevölkerung scheint mir Berlin für eine solche Aufgabe besonders geeignet.

Pankow und die Kuba-Krise

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Reaktion Pankows auf die Kuba-Krise ließ 24 Stunden auf sich warten. Offenbar sah man sich gezwungen, zunächst den Besuch Gromykos abzuwarten, ehe man auch nur eine Zeile in der Presse über die neue Entwicklung veröffentlichte. Die Leser der Zonenzeitungen erfuhren also erst am Mittwoch, daß die USA-Regierung neue Maßnahmen gegen Kuba ergriffen hatte. Nachrichtenmäßig beschränkte man sich in Ostberlin selbstverständlich auf die Wiedergabe der offiziellen Moskauer Erklärung, die Washington der "Aggression" beschuldigt. Auch die "Erhöhung der Kampfbereitschaft der Truppen des Warschauer Vertrages" wurde dabei herausgestellt. Trotzdem konnte man auch in Ostberlin nicht umhin, das Kuba-Ereignis zu publizieren.

Die Direktiven, die für diese Kommentierung von oben ausgegeben wurden, sind in den fast wortgleichen Formulierungen zu erkennen, die jede Zeitung, ob CDU, LDP oder SED, verwendet. Um die neuen Maßnahmen der USA-Regierung als "imperialistischen Aggressionsakt" hinstellen zu können, wurden die von der USA-Regierung für die Blockade angegebenen Gründe einfach verschwiegen. Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland", wie auch alle anderen ostberliner Zeitungen, behaupteten wahrheitswidrig, Kennedy habe erklärt, Kuba bedrohe die USA, obwohl die Regierung in Washington ganz eindeutig festgestellt hatte, daß sie die Bedrohung in den von den Sowjets auf Kuba angelegten Raketenabschußbasen erblicke.

Pankow versucht, der Bevölkerung der Zone einzureden, daß es sich bei den Blockademaßnahmen der USA lediglich um einen Versuch handle, sich in die "inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen", den Kubanern das Selbstbestimmungsrecht zu bestreiten und - wie es in "Neues Deutschland" heißt - die "Auswirkungen der kubanischen Volksrevolution und ihrer historischen Errungenschaften auf die Länder Lateinamerikas mit ihren 200 Millionen Einwohnern" zu hintertreiben. Unterstrichen wird dieses Täuschungsmanöver der SED-Presse durch den Hinweis auf das "kleine Kuba", das gegenüber den USA niemals eine Bedrohung darstellen könne.

Diese These, die man in Ostberlin der eigenen Bevölkerung einzuhämmern versucht, ist nur möglich, solange man den dokumentarisch beweisbaren Ausbau der Insel Kuba zu einem Raketenstützpunkt der UdSSR verschweigt. Aus der gleichen Tendenz heraus versucht Pankow, die Blockade Kubas in eine reine "Handelsblockade" umzufälschen, mit dem Ziel, die Kubaner auszuhungern und damit für "imperialistische Zwecke" zu erpressen.

Die SED-Kommentatoren behaupten ferner, die USA ständen - abgesehen von ihren "Handlangern" in Bonn, Paris und London - allein. Die Tatsache, daß die "Organisation der amerikanischen Staaten" die Haltung Washingtons gebilligt hat und daß sogar Staaten wie Brasilien und Mexiko, deren von Washington unabhängige Politik in Pankow bisher immer herausgestellt wurde, Kennedys Schritt zustimmten, wird von der SED-Presse absichtlich verschwiegen.

+ + +

Wahlen, die keiner vorher "gewinnen" will

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die weitaus überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung - schätzungsweise 85 Prozent - wünscht eine Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, ÖVP und SPÖ, in einer gemeinsamen Koalitionsregierung. Nicht wenige sind der Meinung, daß nur ein Gleichgewicht der Kräfte diese notwendige Koexistenz verbürgt. Keiner der beiden Parteien, so denkt man vielfach, dürfen "die Bäume in den Himmel wachsen", das heißt, keine Partei dürfe wesentlich stärker sein als die andere, sonst wäre mit dem gestörten Gleichgewicht auch der innere Friede und damit die Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gefährdet.

In der Tat hat Österreich zwei gleichstarke Parteien, die sich in der Regierungsbefugnis teilen. Jede kann von sich sagen, sie sei die "stärkste", denn die ÖVP hat um ein Mandat mehr und die SPÖ hat um 26.000 Wählerstimmen mehr. Die Wahlarithmetik in 25 Wahlkreisen hat dieses einfache Wunder bewirkt. Aber beide Parteien können mit dem gleichen Recht auch sagen, sie seien gegenüber dem Koalitionspartner die "schwächeren" und eine Stärkung des Partners bewirke ein bedrohliches Übergewicht.

Nun hat ein Teil der Wähler, nämlich jener, der parteipolitisch nicht gebunden ist, tatsächlich die Zwangsvorstellung, daß ihn nur das Gleichgewicht selig macht. Deshalb wählt er, allen massenpsychologischen Erfahrungen zum Trotz, nicht die "siegreichen Fahnen", sondern die im Wahlkampf voraussichtlich unterlegene Partei. Da nun dieser ausgleichende und ansonsten unentschlossene Teil der Wählerschaft in Wahrheit als Zünglein an der Waage den Ausschlag gibt, geht das Bemühen der beiden rivalisierenden Parteien gerade um seine Gunst. Wer es daher am besten versteht, einen gewissen Zweckpessimismus glaubhaft zu machen, hat die besten Chancen, von diesen Ausgleichswählern honoriert zu werden. So kommt es, daß auch im gegenwärtigen Wahlkampf für die am 18. November stattfindenden Nationalwahlen keine Partei so vermessend ist, sich zu gebärden als hätte sie bereits "den Sieg in der Tasche", was zwangsläufig die Ausgleichswähler ins andere Lager treiben würde, sondern jede der großen Parteien zeigt bange Verzagtheit: die ÖVP vor der "roten Herrschaft", die nach ihrer Propaganda beginnt, wenn die SPÖ auch nur ein Mandat mehr

bekäme, und die SPÖ vor der "Alleinherrschaft der ÖVP", die tatsächlich das erklärte Ziel einer gewissen Reformgruppe innerhalb der ÖVP ist.

Als vor dreieinhalb Jahren, am 10. Mai 1959, zuletzt gewählt wurde, stand es seit 1956 zwischen den beiden Regierungsparteien 82 zu 74. Von den auf 165 noch fehlenden Mandaten hatte 6 die Freiheitliche Partei und 3 die KPÖ. Ein Mandat mehr für die ÖVP hätte (von 165) damals die absolute Mehrheit bedeutet; eine für viele Österreicher - insbesondere nach den Erlebnissen von 1934 bis 1938 - bedrückende Vorstellung. Die SPÖ brachte damals in dem Binnenland Österreich ein Wahlplakat mit einem in voller Fahrt befindlichen Hochseeschiff heraus, das sich wegen des Kräfteverhältnisses 82 zu 74 gefährlich auf eine Seite neigte. Im Wasser schwammen dräuende Haie ... Die Wähler verstanden, was hier angedeutet wurde, und stellten das Gleichgewicht her: 79 Mandate für die ÖVP, 78 für die SPÖ. Die restlichen 8 Mandate entfielen auf die FPÖ und die KPÖ ging erstmalig leer aus.

Im jetzigen Plakatkrieg ist kein Hochseeschiff mehr aufgetaucht. Doch mit ähnlicher Absicht lehrt die ÖVP den österreichischen Wähler das Kopfrechnen: Auf Plakaten und in Rundfunkdurchsagen heißt es: "Es steht 79 zu 78 - nur ein Mandat mehr für die SPÖ und die rote Herrschaft beginnt!" Dieser Warnruf gründet sich auf die Hoffnung, daß niemand nachdenkt oder nachrechnet.

Denn wenn ein Mandat genügt, um eine "rote Herrschaft" aufzurichten, dann müßte es doch auch schon bisher dazu ausgereicht haben, die "schwarze Herrschaft" der ÖVP auszuüben. Aber gerade die ÖVP ist es, die sich beklagt, daß sie vom Koalitionspartner ständig übervorteilt wird. Des weiteren gibt es ja 165 Mandate, 79 und 78 sind aber nur 157. Die übrigen 8 Mandate hat die FPÖ, die andere bürgerliche Partei, die sich ihrem bundesdeutschen Vorbild gemäß nach Ministersesseln sehnt.

Die wirkliche Gefahr ist also eine Bürgerblockkoalition nach Adenauermuster, die angesichts der überaus starken SPÖ zu Unruhen und ernststen politischen Spannungen führen müßte. Wie stark immer die SPÖ aus diesen Wahlen hervorgeht, sie hat sich zur Fortführung der bewährten Zusammenarbeit in der Koalition verpflichtet, ganz im Gegensatz zur ÖVP, die sich in keiner Weise festgelegt hat und eine Schwächung der SPÖ zu gefährlichen Experimenten benützen würde.